

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Martin Dörmann zum Post-Mindestlohn und zur Regierungsbilanz 2007

WAHLKREIS

- 3 Schulausflug ins All: Thomas Reiter und Martin Dörmann warben beim „Aktionstag Luft- und Raumfahrt“ um junge Ingenieure
- 4 Frühjahrsempfang der SPD Porz/Poll mit Martin Schulz, MdEP am 28. Februar 2008
- 4 Öffnungszeiten der Bürgerbüros im Wahlkreis

BUNDESTAG

- 4 Umzug des Büros von Martin Dörmann – Franz Müntefering folgt
- 5 Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere – 58er Regelung wird angepasst
- 5 SPD setzt Mindestlohn für Briefdienstleistungen durch
- 6 Hintergrundinformationen zum Thema Mindestlohn
- 9 SPD-Kampagne „Im Auftrag der Familie“ mit Online-Informationsangebot
- 9 Kinderportal „Kuppelkucker“ und Jugendforum mitmischen.de
- 10 Erhöhung der Ausbildungsförderung (BAföG)
- 10 Der Bundeshaushalt 2008
- 13 Reform der Pflegeversicherung
- 15 Personalien aus der SPD-Bundestagsfraktion

EUROPA

- 15 EU-Reformvertrag unterzeichnet

HOMEPAGE

- 15 Neu eingestellt: Jahrbuch 2007

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 16 Vorgestellt: Walter Kolbow, MdB

INFOS UND IMPRESSUM

- 17 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



Beim „Aktionstag Luft- und Raumfahrt“ am Lessing-Gymnasium Köln-Zündorf warben Astronaut Thomas Reiter und Martin Dörmann um zukünftige Ingenieure (Seite 3)

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 18.12.2007

Einsatz der SPD für den Mindestlohn zahlt sich für viele Menschen aus

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2007 endete gut für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die SPD konnte in der Großen Koalition – trotz lang anhaltenden Widerstandes der Union – den **Mindestlohn für Briefdienstleister** durchsetzen. Ab dem 1. Januar erhalten Briefzusteller 9,80 Euro im Westen (9 Euro Ost). Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung (Einsammeln und Weiterleiten) gelten 8,40 bzw. 8 Euro.

Das ist ein wichtiger Schritt auf unserem Weg für **flächendeckende Mindestlöhne** in ganz Deutschland. Wir meinen: Jeder, der in Vollzeit arbeitet, muss von dem Lohn, den er erhält, leben können und darf nicht von staatlicher Unterstützung abhängig sein. In 20 anderen EU-Staaten wurde bewiesen, dass Mindestlöhne keine nachteiligen Auswirkungen auf die Beschäftigung haben. **Wettbewerb** soll über Qualität und Kreativität, jedoch **nicht über Lohndumping** ausgetragen werden.

Da mit der Union ein flächendeckender Mindestlohn – derzeit – nicht umzusetzen ist, gehen wir den Weg über die **Aufnahme weiterer Branchen in das Entsendegesetz**, um einen Mindestlohn dort zu regeln. Am Ende wird es für die Union immer schwerer zu begründen sein, warum in vielen Branchen ein Mindestlohn gilt und in anderen nicht. Der Kampf der SPD für gerechte Löhne wird sich so oder so für viele Menschen auszahlen.

Zur Frage gerechter Entlohnung gehört auch die notwendige Diskussion um eine **angemessene Bezahlung von Managern**. Problematisch sind hierbei nicht die weit überwiegenden Firmen, bei denen die Unternehmer persönlich haften. Wofür die Menschen aber zu recht kein Verständnis haben, sind überbezahlte Manager auf Zeit, die auch im Falle des Misserfolges absurd hohe Abfindungen erhalten. Das untergräbt das Gerechtigkeitsgefühl einer Gesellschaft. Die SPD will nun prüfen, wie wir die Transparenz erhöhen und zumindest indirekt zu einer Begrenzung von Managergehältern und -abfindungen gelangen können – beispielsweise durch eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit als Betriebsausgaben.

Durchgesetzt haben wir in der Großen Koalition ebenfalls, dass das **Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose verlängert** wird und die sogenannte **58er-Regelung** nicht ersatzlos wegfällt.

Auch in anderer Hinsicht war **2007 ein gutes Jahr:**

Die **Arbeitslosigkeit** ist **so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr**.

Sinkende Sozialversicherungsbeiträge erhöhen das Nettoeinkommen und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Unternehmen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist innerhalb eines Jahres um fast die Hälfte gesunken – von 6,5 auf 3,3 Prozent.

Das **BAföG** wird zum Wintersemester 2008/2009 **deutlich erhöht**. Die Bedarfssätze steigen um 10 Prozent, die Freibeträge um 8 Prozent.

Mit dem **Elterngeld**, das es seit dem 1. Januar 2007 gibt, wird der gewohnte Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt gesichert. Das schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander vereinbaren lassen.

Die Große Koalition hat sich zudem auf Druck der SPD geeinigt, den **Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem 1. Lebensjahr im Jahr 2013** umzusetzen.

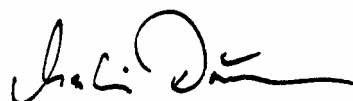
Die **Wirtschaft wächst**. Deutschland erlebt den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit sieben Jahren. In diesem und im nächsten Jahr kommt der stärkste Wachstumsimpuls aus der Binnenwirtschaft. Das hat etwas mit der Besserung auf dem Arbeitsmarkt, aber auch mit den richtigen Rahmenbedingungen zu tun, die wir gesetzt haben, z.B. dem 25-Milliarden-Euro-Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

Die **Nettokreditaufnahme des Bundes geht deutlich zurück**: Innerhalb von zwei Jahren wurde die Neuverschuldung mehr als halbiert. Bezieht man Länder und Gemeinden mit ein, melden wir 2007 erstmals einen **ausgeglichenen Staatshaushalt** nach Brüssel.

Dies alles belegt, dass die Große Koalition im Ergebnis besser arbeitet, als es manche wahr haben wollen. Die SPD hat hieran einen entscheidenden Anteil. Denn die Regierung setzt in den meisten Bereichen **sozialdemokratische Politik** um und profitiert zugleich von den **Erfolgen rot-grüner Reformen**. So darf es 2008 weitergehen.

Herzlichst

Ihr




„Aktionstag Luft- und Raumfahrt“ des Lessing-Gymnasiums in Zündorf

Schulflug ins All: Astronaut Thomas Reiter und Martin Dörmann warben um zukünftige Ingenieure

Neue Wege, junge Menschen für Natur- und Ingenieurwissenschaften zu begeistern, ging man am Lessing-Gymnasium in Porz-Zündorf. Beim „Aktionstag Luft- und Raumfahrt“ wurden am 20. November über einen ganzen Schultag Einblicke in die (Berufs-) Welt der Luft- und Raumfahrt gegeben.

Schulleiter **Udo Memmert** dankte dem Unternehmen EADS und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) für die Durchführung der Veranstaltung, die es bundesweit in dieser Form noch nicht gab. **Martin Dörmann**, zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Luft- und Raumfahrt, hatte die Schule vorgeschlagen und übernahm gerne die Schirmherrschaft.



Martin Dörmann begrüßte Astronaut Thomas Reiter (auf dem Hintergrundfoto zu sehen)

Rund 70.000 Menschen arbeiten in der Luft- und Raumfahrtindustrie, weitere 250.000 im Bereich des Luftverkehrs. Zusätzlich sind fast 700.000 direkt oder indirekt an der Wertschöpfungskette in diesen Wirtschaftszweigen beteiligt. In seiner Begrüßungsrede verwies Martin Dörmann auf die Notwendigkeit, junge Menschen für den Ingenieurberuf zu gewinnen: „Wir können nicht mit Indien oder China um die billigsten Löhne und Produkte konkurrieren. Wir müssen Spitzentechnologien entwickeln und auf dem Weltmarkt die besten Produkte anbieten. Nur eine ausreichende Zahl an Fachkräften, vor allem in Forschung und Entwicklung, sichert uns auch weiterhin einen Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb. Deshalb brauchen wir motivierten Nachwuchs.“



400 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 10 bis 13 ließen sich anschließend vom Vortrag des deutschen ESA-Astronauten und DLR-Raumfahrtvorstandes **Thomas Reiter** zu einem „Schulflug ins All“ mitnehmen. Er begeisterte sie durch einen anschaulichen Wort- und Filmvortrag über seinen halbjährigen Einsatz auf der Internationalen Raumstation ISS im letzten Jahr.



Die Schülerinnen und Schüler konnten im Laufe des Tages in vielfältiger Form die faszinierende Welt der Luft- und Raumfahrt entdecken, direkt mit Ingenieuren und Wissenschaftlern von EADS und DLR sprechen und sich über die einzelnen Berufsbilder und Berufsmöglichkeiten informieren.

Schulleiter Udo Memmert war über den Aktionstag an seinem bilingualem Gymnasium, das einen Schwerpunkt in Naturwissenschaften setzt, hocherfreut: „Technikbegeisterung bei Jungen und Mädchen zu wecken und zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe für die Schulen.“



Schulleiter Udo Memmert mit Thomas Reiter und Martin Dörmann (v.i.)

Für den europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS stellen hoch qualifizierte Ingenieure für Forschung, Entwicklung und Produktion das Schlüsselement bei der Entwicklung einer wettbewerbsstarken Palette von Luft- und Raumfahrtprodukten dar. Auch das DLR braucht als große deutsche Forschungseinrichtung junge motivierte Ingenieure und Wissenschaftler. EADS und DLR wollen nach der Kölner Premiere auch an anderen Schulen mit weiteren gezielten Veranstaltungen dieser Art dazu beitragen, den technischen Nachwuchs zu mobilisieren.

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll am 28. Februar 2008

Martin Schulz spricht zum Thema „Europa sozial gestalten“

Am **28. Februar 2008** lädt der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll zum 28. Frühjahrsempfang (19.00 Uhr, Rathaussaal des Bezirksrathauses in Porz, Friedrich-Ebert-Ufer 64-70). Mitausrichter sind die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz und Martin Dörmann.

Als Gast wird der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, **Martin Schulz**, MdEP erwartet. Das Thema des Abends lautet **„Europa sozial gestalten“**.

Die Veranstaltung bietet Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, sich mit politischen Vertretern der SPD aus Stadt, Land und Bund auszutauschen. Ein musikalisches Programm und ein Imbiss zu zivilen Preisen runden den Empfang ab.



Martin Schulz

Öffnungszeiten der Bürgerbüros im Wahlkreis

Ab Januar 2008 gelten bis auf weiteres folgende Öffnungszeiten:

Bürgerbüro Porz: Mo., Mi. und Do. 9.00 bis 17.00 Uhr; Di. und Fr. 9.00 bis 14.00 Uhr

Bürgerbüro Kalk: Mo., Di., Mi. 9.00 bis 12.00 Uhr, Do. und Fr. 14.00 bis 17.00 Uhr

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten: Mo. bis Fr. 9.00 bis 17 Uhr; Di und Do. bis 19 Uhr

Hinweis: die Anschriften der Büros stehen auf der letzten Seite.

BUNDESTAG

Umzug des Büros von Martin Dörmann – Franz Müntefering folgt

Die neue Hausanschrift Dorotheenstr. 101 liegt näher am Reichstag

Das Berliner Abgeordnetenbüro von Martin Dörmann ist umgezogen. Die Hausadresse lautet nun nicht mehr „Unter den Linden 50“ sondern **„Dorotheenstr. 101“ (Jakob-Kaiser-Haus, 4. Stock, Raum 4.650)**. Die bisherigen Telefon- und Faxnummern bleiben gültig, ebenso die Postanschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin.



Das Jakob-Kaiser-Haus (rechts) liegt gegenüber dem Reichstag

Das Büro rückt somit in unmittelbare Nähe zum Reichstag. Gegenüber dem alten Gebäude bringt dies einen deutlichen Zeitgewinn bei den Wegen ins Plenum bzw. in die Ausschüsse und Arbeitsgruppensitzungen. Deshalb hatte sich Martin Dörmann zum Umzug entschlossen, als das bisherige

Büro eines Kollegen frei wurde.

Für die bisherigen, besonders großzügig geschnittenen Büroräume wurde inzwischen auch ein „würdiger“ Nachfolger gefunden. Nach seinem Ausscheiden als Arbeitsminister und Vizekanzler bezieht der Bundestagsabgeordnete **Franz Müntefering** das bisherige Büro von Martin Dörmann. Er teilt zukünftig die Aussicht auf die Russische Botschaft mit **Gerhard Schröder** und hat den Altkanzler dabei sogar unter sich, da dieser seine Büros ein Stockwerk tiefer gelegen hat. Interessantes Detail am Rande: Auch Gerhard Schröder sitzt in früheren Büroräumen von Martin Dörmann.



Unser Mitarbeiterteam begrüßte Franz Müntefering als „Nachmieter“

Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere

58er Regelung wird angepasst

Am 14. Dezember hat der Deutsche Bundestag das Siebte Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze in erster Lesung beraten.

In diesem Gesetz ist neben der veränderten 58er Regelung auch die Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes I enthalten. Über 50-Jährige bekommen künftig 15 Monate Arbeitslosengeld I, über 55-Jährige 18 Monate und ab 58 werden künftig 24 Monate Arbeitslosengeld I gezahlt. Damit wird die Lebensleistung Älterer wieder stärker berücksichtigt. Anders als von Rüttgers und anderen aus der CDU gefordert – geht diese Verbesserung für Ältere nicht zu Lasten von Jün-

geren oder Frauen. Durch die neue veränderte 58er Regelung, erhalten alle ALG II-Empfänger ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit, sich nicht mehr arbeitssuchend zu melden, falls ihnen nicht innerhalb von 12 Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann. Darüber hinaus wird einheitlich für alle Hilfebedürftigen festgelegt, dass sie erst ab dem 63. Lebensjahr eine Altersrente mit Abschlägen in Anspruch zu nehmen haben.

Damit sollte erreicht werden, dass die gesetzliche Regelung zur längeren Bezugsdauer von ALG I für Ältere noch in diesem Jahr verabschiedet wird. So war es auch mit dem Koalitionspartner vereinbart. Gleichmaßen sollte mit der Abfederung der

Rentenübergänge für ältere Arbeitslose verfahren werden. Doch auf Grund von Unstimmigkeiten in den Reihen der Unionsfraktionen können beide gesetzlichen Regelungen nun erst im kommenden Jahr in 2. und 3. Lesung verabschiedet werden. Diese Haltung der Union ist sehr ärgerlich. Denn nun müssen mit großem bürokratischem Aufwand rückwirkende Regelungen gefunden werden, da das Gesetz trotz späterer Verabschiedung zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gemeinsam mit dem Arbeitsminister daran arbeiten, dass sich die Verzögerung so wenig wie möglich zu Lasten der Menschen auswirkt.

SPD setzt Mindestlohn für Briefdienstleistungen durch

Fairer Wettbewerb statt Lohndumping - 9,80 Euro im Westen

Am 14. Dezember hat der Deutsche Bundestag das Zweite Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes abschließend beraten und mehrheitlich beschlossen.

Briefdienstleister werden in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen

Zum 1. Januar 2008 fällt in Deutschland das Briefmonopol. Dann dürfen in- und ausländische Dienstleistungsunternehmen in Deutschland umfassend Postdienstleistungen erbringen. Um ein Mindestmaß an Standards zu sichern, hat das Bundeskabinett bereits am 19. September 2007 beschlossen, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf Briefdienstleistungen zu erweitern.

Der Arbeitgeberverband Postdienste e.V. und ver.di haben einen Mindestlohn-Tarifvertrag geschlossen und sich für die Aufnahme der Briefdienstleister in das Entsendegesetz ausgesprochen. Nach dem Tarifvertrag erhalten Briefzusteller in Westdeutschland künftig 9,80 Euro, in den ostdeutschen Ländern neun Euro. Für die übrigen Tätigkeiten der Briefbeförderung, wie zum Beispiel das Einsammeln und Weiterleiten, beträgt der Mindestlohn 8,40 Euro beziehungsweise acht Euro. Die Hauptkonkurrenten der Deutschen Post AG, die PIN-Group und TNT Post sind dem neuen Arbeitgeberverband Postdienste e.V., dem insgesamt 20 Mitglieder mit mehr als 200.000 Be-

schäftigten angehören, nicht beigetreten. Sie haben sich an den Verhandlungen nicht beteiligt.

Nach der Aufnahme ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz soll der ausgehandelte Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt werden. Damit wird sichergestellt, dass nach der Liberalisierung des Postmarktes kein Wettbewerb mit Dumpinglöhnen auf Kosten der Beschäftigten stattfindet. Für Unternehmen aus dem In- und Ausland gelten die zwischen dem Arbeitgeberverband Postdienste e.V. und ver.di ausgehandelten Mindestlöhne für Briefdienstleistungen.

Hintergrundinformationen zum Thema Mindestlohn

Nicht zuletzt der Hartnäckigkeit der SPD-Bundestagsfraktion ist es zu verdanken, dass die Union den Weg endlich frei gemacht hat für die Aufnahme der Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Damit kann der Mindestlohn für diese Branche nun tatsächlich eingeführt werden.

Mindestlöhne sind ein zentrales Thema für die SPD. Jeder Mensch muss die Möglichkeit zur Teilhabe an sozial abgesicherter und existenzsichernder Erwerbsarbeit haben. Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit leben können.

CDU verhindert gesetzlichen Mindestlohn

Die CDU verweigert sich einem generellen gesetzlichen Mindestlohn. Ihre Begründung ist im Wesentlichen, sie wolle die Tarifautonomie hochhalten und die staatliche Mindestlohnsetzung verhindern. Das ist Unsinn. Die SPD hat angeboten, von einer Kommission, von Tarifpartnern und Experten, die Lohnfindung durchführen zu lassen, sofern sich die Tarifparteien nicht einigen. Das bleibt auch für uns eine wesentliche Bedingung. Denn Tarifautonomie hat immer Vorrang. Die Verweigerung von generellem gesetzlichem Mindestlohn belastet die Steuerkasse durch Sozialtransfers, die zusätzlich gezahlt werden müssen. Diese ideologisch bestimmte Ignoranz ist nicht akzeptabel.

Die Idee des Mindestlohnes passt ordnungspolitisch zur sozialen Marktwirtschaft. Die Haltung der Union in dieser Frage hat nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, sie vertritt eine Staatslohntheorie (nach der der Staat per Sozialtransfer zahlen muss, was dem Arbeitnehmer an Mindestlohn fehlt).

Mindestlohn im Briefzusteller-Gewerbe

Die Sozialdemokraten haben sich davon nicht entmutigen lassen. Jetzt gelang es uns, bei den Briefzustellern einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen.

Damit wird dafür gesorgt, dass auf dem ab 2008 liberalisierten Postmarkt weiterhin faire Bedingungen für Briefzusteller gelten. Die Behauptung der PIN AG, einem kleinen Konkurrenten der Post, dass der Post-Mindestlohn die Existenz von PIN bedrohe, ist falsch. Die PIN AG schreibt Verluste - trotz niedrigster Löhne für die Zusteller. Allein in diesem Jahr betrug der Jahresverlust der PIN AG 55 Millionen Euro. Davon einmal abgesehen: Auf Geschäftsmodelle, die nur bei Armutslöhnen und staatlicher Quersubventionierung funktionieren, können wir ruhig verzichten.

Für welche Branchen Mindestlöhne gebraucht werden

Was für Briefdienstleistungen richtig ist, gilt auch für viele andere Branchen.

Zwar sind immer zuerst die Tarifpartner gefragt. Doch die Verhandlungsmacht Gewerkschaften ist in vielen Branchen immer schwächer geworden. Einzelne Arbeitgeber nutzen das aus und beschäftigen ihre Mitarbeiter zu menschenunwürdigen Konditionen. Doch nicht nur für die Mitarbeiter ohne Tarifbindung muss etwas getan werden. Auch in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen gibt es Armutslöhne. So beträgt der tarifliche Stundenlohn für Friseurinnen und Friseure in Sachsen 3,06 Euro. Dies führt bei voller Arbeitszeit zu einem Monatsgehalt von 492 Euro. Davon kann niemand leben. Das Bewachungsgewerbe in Ostdeutschland zahlt durchschnittlich 4,61 Euro pro Stunde. Diese Zustände sind nicht hinnehmbar.

Darüber hinaus wird die SPD für existenzsichernde Löhne in den Wirtschaftszweigen Zeitarbeit, Gartenbau, Fleischereigewerbe und Entsorgungsgewerbe kämpfen. Selbstverständlich wird darauf geachtet, dass Mindestlöhne moderat und den regionalen und branchenspezifischen Gegebenheiten angepasst sind. Denn die SPD ist sich der Tatsache be-

wusst, dass zu hohe gesetzliche Löhne auch Arbeitsplätze vernichten können.

Es sprechen also folgende Gründe für branchenbezogene Mindestlöhne

1. Dumpinglöhne stoppen

Die Abwärtsspirale muss angehalten werden, Menschen Niedrigstlöhne für gute Arbeit zu zahlen. Diejenigen, die Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch leben können. Es ist menschenunwürdig, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz ihres täglichen Einsatzes auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen sind.

2. Gegen Staatlich subventionierte Profitsteigerung

Durch Dumpinglöhne werden nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebeutet, sondern alle Steuerzahler. Denn der Staat muss für die ergänzenden Hilfen aufkommen, die Unternehmer streichen höhere Gewinne ein. Solange Geschäftsmodelle nur dann funktionieren, wenn sie durch Hungerlöhne profitabel sind, dann dürfen dafür nicht auch noch Gelder aus dem Staatshaushalt und aus den Sozialsystemen fließen.

3. Angemessene Mindestlöhne vernichten keine Arbeitsplätze

Viele Arbeitgeber, die Hungerlöhne zahlen, bieten bestimmte Dienstleistungen meist auf regionalen Märkten an (beispielsweise Friseurhandwerk, Bewachungsgewerbe, Gebäudereinigung, Postgewerbe). Sie stehen daher mit ihren Diensten nicht im internationalen Wettbewerb, der einen entsprechend hohen Kostendruck ausübt. Da man zum Haarschneiden nicht nach Vietnam und sein Gebäude nicht von China aus bewachen lassen kann, ist die Konkurrenzfähigkeit kein Argument. Es ist auch kaum zu erwarten, dass angemessen höhere Löhne dazu führen, dass diese Dienste vom Markt verschwinden.

Der Mindestlohn in anderen europäischen Ländern beweist das: Großbritannien, Luxemburg und Irland haben seit Jahren einen Mindestlohn, ohne dass die ökonomische Leistungsfähigkeit gelitten hat. Das Schreckgespenst der Gegner, jeglicher gesetzlicher Mindestlohn gefährde Arbeitsplätze, ist empirisch widerlegt.

4. Mindestlohn schützt Unternehmen, die Qualität bieten

Viele Unternehmer, die Qualität anbieten und deren ethische Maßstäbe wichtiger Teil ihres Renommees sind, unterstützen unsere Forderungen nach Mindestlöhnen. Wenn etwa ein Schlachthof gute Ware für seine Abnehmer produziert, braucht er gut ausgebildete und hoch motivierte Mitarbeiter, die professionell und verantwortungsbewusst ihre Arbeit verrichten. Mindestlöhne würden diesen Unternehmern helfen, gegen Billigkonkurrenz zu bestehen. Denn wenn die Preise ins Bodenlose fallen, wäre der Preisabstand zu den Qualitätsprodukten zu groß.

5. Schutz vor Billigkonkurrenz

Das Problem der Billigkonkurrenz wird ab 2011 verschärft. Denn durch vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU könnten viele Menschen aus den neuen Beitrittsländern der EU die hiesigen Löhne noch weiter unterbieten. Die SPD freut sich über die Menschen aus den neuen Mitgliedsländern und unterstützen den europäischen Einigungsprozess auch auf diesem Gebiet. Jedoch müssen für alle hier arbeitenden Menschen ähnliche Bedingungen herrschen.

Wie kommen branchenbezogene Mindestlöhne zustande?

Arbeitnehmerentsendegesetz

Obwohl die CDU Mindestlöhne verhindern will, können wir einen Erfolg verbuchen: Alle Branchen, die die nötigen Bedingungen erfüllen, können in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden. Damit kann wenigstens für einzelne Bran-

chen ein Mindestlohn vereinbart werden. Jüngster Erfolg: Der Post-Mindestlohn, der Lohndumping durch Billiganbieter verhindert.

Die Branchen haben zunächst Zeit bis zum 31. März 2008. Danach werden in einem Gesetzesverfahren alle Branchen in das Gesetz aufgenommen, die dafür die nötigen Voraussetzungen treffen. Dies ist jedoch kein Ausschlussdatum. Weitere Branchen können jederzeit aufgenommen werden. Voraussetzung ist die einheitliche Tarifstruktur bundesweit und dass 50 Prozent Tarifbindung bestehen, das heißt, die Arbeitgeber, die diesen Tarifvertrag tragen, müssen 50 Prozent der Arbeitnehmer in dieser Branche beschäftigen. Es bleibt bei der Verordnungsregelung.

So funktioniert die Aufnahme ins Arbeitnehmerentsendegesetz

Wenn eine Branche erstmals in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz will, wird ihr Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit zunächst dem Tarifausschuss (je 3 Arbeitnehmer und Arbeitgeber) vorgelegt. Wenn der zustimmt, entsteht die Allgemeinverbindlichkeit. Wenn er sich nicht eine abschließende Meinung bildet oder wenn er in dem sechsköpfigen Gremium eine 3:3- oder 2:4-Entscheidung trifft, kann die Verordnung trotzdem angestrebt werden. Sie wird vom Bundesarbeitsminister dem Kabinett vorgeschlagen. Sie gilt dann für alle in- und ausländischen Arbeitnehmer in dieser Branche gleichermaßen. So weit zu den Bereichen, die mit 50 Prozent und mehr tarifgebunden sind.

Mit dem Mindestarbeitsbedingungengesetz Schlupflöcher schließen

Bei dem Mindestarbeitsbedingungengesetz (von 1952) geht es um die Bereiche, die gar nicht oder unter 50 Prozent tarifgebunden sind, also um die „weißen Flecken“. Dieses Gesetz soll zügig novelliert und handhabbar gemacht werden. Ziel ist es, in den genannten Bereichen Min-

destlöhne zu entwickeln und zu beschließen. Es wird ein Hauptausschuss dauerhaft eingerichtet. Verständigen sich die Mitglieder des Ausschusses nicht, liegt der Vorschlag beim Bundesarbeitsministerium und wird von ihm an das Kabinett gerichtet. Dieser Hauptausschuss entscheidet, ob für einen bestimmten Bereich oder für eine bestimmte Branche ein Mindestlohn festgesetzt werden soll. Wenn ja, veranlasst er die Einsetzung eines Fachausschusses. Hat der Fachausschuss einen Vorschlag für einen Mindestlohn entwickelt, richtet er diesen an das Bundesarbeitsministerium, von dem der Mindestlohn per Verordnung allgemeinverbindlich gemacht werden kann.

Bonus für Arbeit

Das wichtigste Ziel in der Arbeitsmarktpolitik ist es, Menschen Arbeit zu verschaffen, von der sie leben können. Der „Bonus für Arbeit“ wird einen großen Schritt nach vorn bringen.

Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und der geplante Erwerbstätigenzuschuss („Bonus für Arbeit“) stehen derzeit nebeneinander. Zwischen diesen Instrumenten gibt es viele Zusammenhänge. Die SPD berät deshalb über ein Gesamtkonzept, das im Frühjahr 2008 vorgestellt werden soll.

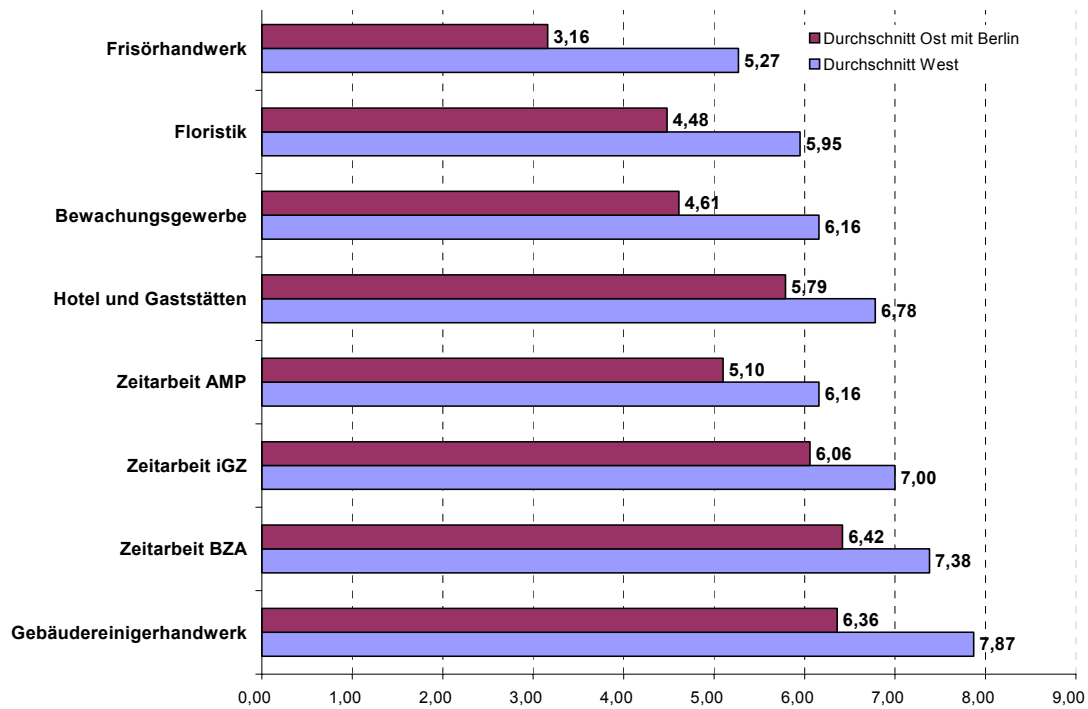
Im Wesentlichen soll das Modell der SPD folgendermaßen aussehen: Ab einem Mindesteinkommen von 800 Euro und einer Mindestarbeitszeit (die noch festzulegen ist) wird ein Erwerbstätigenzuschuss gewährt.

Der Erwerbstätigenzuschuss beginnt mit 20 Prozent bei 800 Euro. Er verläuft degressiv und wird mit steigendem Einkommen bis zu einer bestimmten Obergrenze auf Null abgeschmolzen

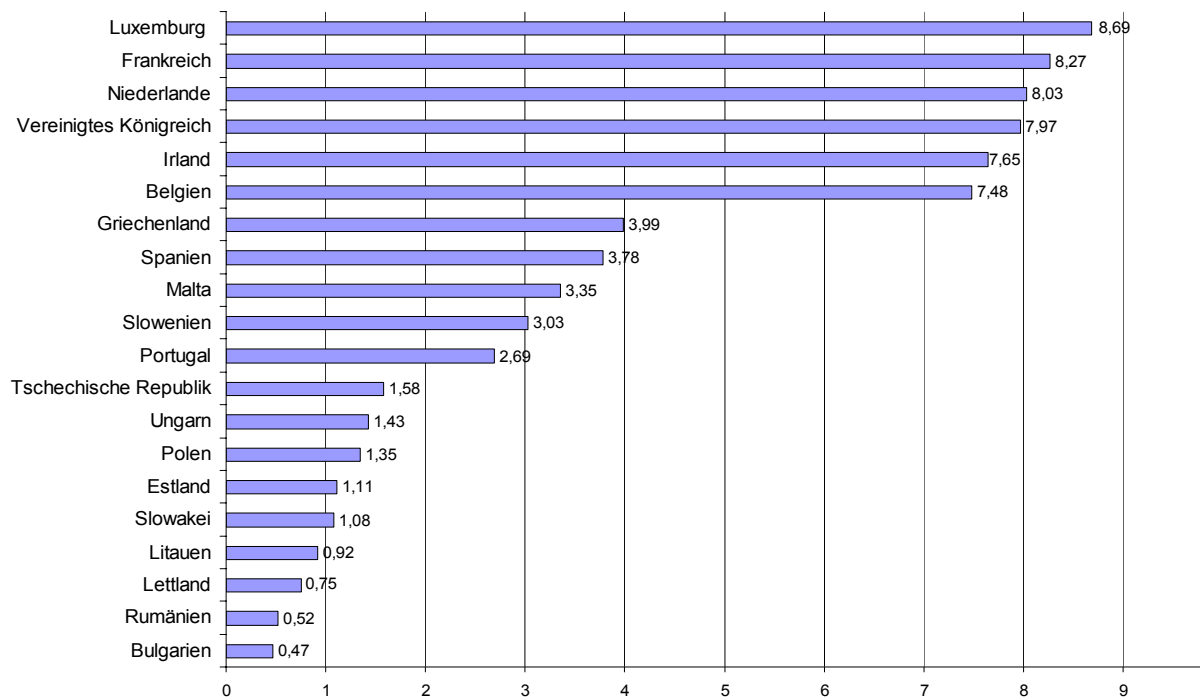
(für Paare entsprechend höher). Es ist zu prüfen, inwiefern die Regelungen bei Wohngeld und Kinderzuschlag hiermit verzahnt und der gewünschte Effekt hergestellt bzw. verstärkt werden

kann. Auch im Bereich unterhalb von 800 Euro wird es eine Neuregelung des Zuverdiensts geben.

Übersicht über niedrige tarifliche Stundenlöhne im Durchschnitt



Gesetzliche Mindestlöhne in der EU pro Stunde, Stand März 2007



SPD-Bundestagsfraktion startet neues Online-Informationsangebot

Aktuelle und spannende Informationen über die Familienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion gibt es ab jetzt unter www.spdfraktion.de/familie, dem Online-Angebot der Kampagne "Im Auftrag der Familie!" Ob Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, Elterngeld oder finanzielle Hilfen für Familien - wer sich über die modernen sozialdemokratischen Bausteine für ein familienfreundliches Deutschland informieren möchte, ist hier genau richtig!

Die SPD sorgt mit ihrer Politik für bessere Bildungschancen der Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und macht wieder Mut für ein Leben mit Kindern. Und das schon lange. Denn in der Familienpolitik ist die SPD das Original!



Egal ob Elterngeld oder Ausbau der Kinderbetreuung - was jetzt in der Großen Koalition umgesetzt wird, ist sozialdemokratische Politik. Dass sich die SPD gegen den Widerstand der Union durchsetzen konnte, ist gut - gut für Kinder, Eltern und unser Land. Die SPD wird deutlich heraus stellen, dass die modernen familienpolitischen Konzepte einen klaren sozialdemokratischen Stempel tragen.

Kinderportal „Kuppelkucker“ und Jugendforum „mitmischen.de“

Beim Jugend-Internetforum des Deutschen Bundestags können Jugendliche selber mitmischen

Sich einzumischen und einen Beitrag zu leisten, ist gar nicht so schwer. Wer sich engagieren möchte, kann das in den unterschiedlichsten Bereichen und Formen tun. Mitmischen.de zeigt, welche Möglichkeiten es gibt, und lädt dazu ein, sich zu beteiligen und die eigene Meinung zu äußern.

Das überarbeitete Jugendportal, das sich an Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren richtet, möchte junge Menschen für Politik begeistern und liefert Hintergrundinformationen und aktuelle Meldungen aus Politik und Bundestag.

Darüber hinaus bietet das Internet-Forum tagesaktuell die Möglichkeiten der Partizipation und des Austausches mit Gleichaltrigen in Foren und Chats. Jeden Monat bietet das Portal ein Hintergrunddossier zu einem Schwerpunktthema an. In den Diskussionsforen tauschen sich mehr als 6700 Community-Mitglieder aus. Mehr als 100 Abgeordnete sind inzwischen Mitglied der „Fraktion Mitmischen“ und sind im direkten Austausch mit der Community.

→ **Mitmischen unter www.mitmischen.de**

Kinderportal „Kuppelkucker“ – eine Internetseite für Kinder beim Bundestag

Für Kinder zwischen 8 bis 14 Jahren hat der Deutsche Bundestag ein eigenes Internetangebot gestaltet. Unter www.kuppelkucker.de werden spielerisch Grundkenntnisse über das Parlament vermittelt.



In den virtuellen Parlamentsräumen lässt sich einiges erkunden. Ein Saaldiener erklärt im Plenarsaal, was seine Aufgabe ist und man erfährt, was im Plenum passiert. In der Kuppel wird über den Besuch im Bundestag informiert. Die Kinder lernen die Kinderkommission und deren Aufgaben kennen und können ein Abgeordnetenbüro von innen sehen.

Im Lexikon werden politische Begriffe kurz und knapp erklärt. Unter Fragen & Antworten kann man sein Wissen erweitern. Die Kinder können auch an den Bundestag schreiben und über eine Abgeordnetensuche den Abgeordneten ihres Ortes finden. Beim Quiz „Parlamento“ können die Teilnehmer ihr Wissen prüfen. Und beim Spiel „Kuppelstürmer“ können die Kinder helfen, möglichst viele Besucher in einem Aufzug, der zur Kuppel führt, unterzubringen. Ein Spaß, nicht nur für Kinder!

Bedarfssätze werden um 10 Prozent erhöht. Anhebung der Elternfreibeträge um 8 Prozent eröffnet vielen jungen Menschen einen Anspruch auf Förderung

Am 16. November hat der Bundestag den Regierungsentwurf eines Zweiundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (22. BAföGÄndG) beschlossen.

BAföG steht für Chancengleichheit

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist und bleibt das BAföG das zentrale politische Mittel, um eine echte Chancengleichheit in der Bildung zu sichern. Die SPD weiß, dass Bildungschancen immer Lebenschancen sind, sei es zur individuellen und beruflichen Verwirklichung des Einzelnen oder auch als Grundlage für den sozialen Aufstieg. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist es daher ein Skandal, dass nationale wie internationale Vergleichsstudien unserem Bildungssystem wiederholt bescheinigen, dass in kaum einem anderen Industrieland ein hoher Bildungserfolg so sehr von sozialer Herkunft, Status und Einkommen der Eltern abhängt, wie in Deutschland.

Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion

Das BAföG wird erhöht. Das ist ein sozialdemokratischer Erfolg, auf den die SPD-Bundestagsfraktion mit Recht stolz ist. Dies konnte die SPD-Bundestagsfraktion nach fast einem Jahr gegen den Widerstand der Union durchsetzen. Denn noch 2005 im Wahlkampf wollte die amtierende Bundesbil-

dungsministerin Schavan das BAföG abschaffen.

Die Gesetzesänderung sieht nun vor, dass zum Wintersemester 2008/09 die Bedarfssätze um 10 Prozent und die Freibeträge um 8 Prozent erhöht werden. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro. Dies ist etwa auch der Bedarf, wie er im 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung ausgewiesen ist. In Fortschreibung der positiven BAföG-Politik der rot-grünen Bundesregierung kann mit der jetzigen Novelle das BAföG ab 2008/09 wieder seiner zentralen Aufgabe besser gerecht werden, nämlich die Lebenshaltungskosten in der weiterführenden Ausbildung für junge Menschen aus sozial schwachen Familien zu decken. Da die Fördersätze in der beruflichen Aufstiegsfortbildung, dem so genannten Meister-BAföG, an das BAföG gekoppelt sind, werden diese ebenfalls entsprechend angehoben. Fast noch wichtiger als die Bedarfssätze ist aber die erreichte Erhöhung der Freibeträge. Denn diese erhöht im Effekt die Einkommengrenzen, bis zu denen ein BAföG-Anspruch besteht. Nach Inkrafttreten werden damit viele junge Menschen einen BAföG-Anspruch erhalten, die diesen heute nicht haben.

Weitere wichtige Verbesserungen

Unter anderem führt die Novelle

erstmalig einen Betreuungszuschlag für BAföG-Empfänger mit Kindern ein. Statt wie im Regierungsentwurf vorgesehen, pauschal 113 Euro unabhängig von der Zahl der Kinder zu gewähren, werden betroffene Studierende für das erste Kind 113 Euro, für jedes weitere Kind je 85 Euro zusätzliches BAföG erhalten. Künftig kann außerdem das BAföG nicht erst ab dem dritten, sondern bereits ab dem ersten Semester auch für ein Studium in einem der 27 Mitgliedsstaaten der EU oder der Schweiz genutzt werden. Abgerundet wird dieses Auslands-BAföG durch eine Vereinfachung bei den Auslandszuschüssen und Verbesserungen bei der Förderung von Auslandspraktika. Ein ganz wichtiger Fortschritt ist zudem der vorgesehene Wegfall der Mindestberufsdauer der Eltern von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn sie die Zugangsvoraussetzungen erfüllen, wird sich deren BAföG-Anspruch in Zukunft wie bei den anderen Antragstellern auch nur noch nach der Einkommenssituation der Eltern richten. Schließlich konnte die SPD verhindern, dass die im Regierungsentwurf zur Gegenfinanzierung noch vorgesehene Verschlechterung der Förderung des zweiten Bildungsweges – Stichwort elternunabhängige Förderung von Kollegschülerinnen und -schülern – umgesetzt wird.

Der Bundeshaushalt 2008

Mit dem Nachtragshaushalt 2007 und dem Bundeshaushalt 2008 wird die Konsolidierung im Aufschwung fortgesetzt

Die Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung sowie die Reformen der Agenda 2010 haben sich bewährt: Die Wirtschaft läuft, die Zahl der Beschäftigten ist auf Rekordniveau, diejenige der Arbeitsuchenden erheblich zu-

rückgegangen. Der von Peer Steinbrück vorgelegte solide wie zukunftsorientierte Entwurf des Bundeshaushalts 2008 setzt die in den Jahren 2006 und 2007 mittelfristig angelegte finanzpolitische Strategie fort: Abgewogen jäten und düngen, konsolidieren

sowie Wachstumskräfte stärken. Die Fortführung des mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnenen 25 Mrd.-Euro-Impulsprogramms gehört dabei ebenso zu der gezielten Förderung von Zukunftsbereichen wie weitere neue Schwerpunktsetzungen in

den Bereichen innere- und äußere Sicherheit, Forschung und Bildung sowie Entwicklungshilfe. Darüber hinaus wird durch zusätzliche Einnahmen durch Emissionszertifikate Spielraum geschaffen, der vor allem dem Klimaschutz zugute kommen wird.

Der Bundeshaushalt 2008 ist eine weitere Etappe auf dem Weg zum Budget ohne Neuverschuldung. Dieses Ziel soll spätestens 2011 erreicht werden.

Die Haushälter der Fraktion hatten sich ehrgeizige Ziele für die Beratungen des Etats 2008 gesetzt: Aus dem guten Entwurf von Peer Steinbrück einen noch besseren Haushaltsplan machen. Ziele waren,

- die Neuverschuldung weiter zu senken,
- haushaltspolitische Spielräume zu nutzen, um zusätzliche wachstums- und investitionsorientierte Schwerpunkte zu setzen,
- die sozialpolitische Komponente zu stärken (Leistungen für Arbeitsuchende, BAföG-Empfänger, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende),
- auf intelligente und sinnvolle Weise den Personalkörper weiter zu verschlanken.

Alle Ziele wurden erreicht.

Nachtragshaushalt 2007

Mit dem Nachtragshaushalt 2007, der notwendig geworden war, hat die Bundesregierung erstmals seit 15 Jahren einen Nachtrag vorgelegt, in dem die Nettokreditaufnahme nicht steigt, sondern sinkt.

Die Nettokreditaufnahme wurde gegenüber dem bisherigen Soll um 5,2 Mrd. Euro auf jetzt 14,4 Mrd. Euro - insbesondere Dank der günstigen Entwicklungen der Steuereinnahmen - abgesenkt. Außerdem werden die zur Finanzierung notwendigen Privatisierungserlöse um 4,7 Mrd. Euro auf 4,5 Mrd. Euro vermindert. Zugleich wird mit der Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Mrd. Euro für den Kinderbetreuungsausbau für unter

3-Jährige ein wesentlicher Beitrag für eine zukunftsorientierte Familienpolitik geleistet.

In den Beratungen blieben diese Eckdaten unverändert. Dabei konnte noch ein Ausgabenvolumen von 400 Mio. Euro für Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen bereitgestellt werden, finanziert durch geringere Ausgaben bei den Zinsen und in anderen Bereichen.

Gemäß Beschluss des Haushaltsausschusses bedürfen diese Fördermaßnahmen der angemessenen Mitfinanzierung durch Länder, Kommunen oder Private sowie überwiegend der Einwilligung des Haushaltsausschusses.

Durch die Einrichtung des Sondervermögens sowie die Zuschüsse für Kulturinvestitionen steigen die Investitionen im Bundeshaushalt 2007 um 2,55 Mrd. Euro auf 26,5 Mrd. Euro. Damit wird eine Investitionsquote von 9,7 Prozent erreicht.

Bundeshaushalt 2008

Nach Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss am 16. November um 2.30 Uhr belaufen sich die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2008 unverändert gegenüber dem Regierungsentwurf auf 283,2 Mrd. Euro. Die Investitionsausgaben liegen um 362 Mio. Euro über dem Entwurf und betragen nun 24,658 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Entwurf um eine Milliarde Euro auf 11,9 Mrd. Euro abgesenkt, den deutlich niedrigsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Einnahmesituation des Bundeshaushalts hat sich um eine Milliarde Euro gegenüber dem Entwurf verbessert, wovon 841 Mio. Euro auf Steuermehreinnahmen gemäß der November-Schätzung zurückgehen. Die etatisierten Steuereinnahmen liegen nun bei 237.955 Mrd. Euro.

Der Bundeshaushalt 2008 ist eine weitere Etappe auf dem Weg zum Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung. Der weitere Weg wird aber nicht leichter,

sondern eher schwerer und ist nur bei beinhardter Ausgabendisziplin zu schaffen.

Dank bereits geschaffter Konsolidierungsschritte wird 2007 und 2008 ein ausgeglichener Staatshaushalt erreicht (Maastricht-Kriterium). Die Regelgrenze des Artikels 115 GG ist noch mit Blick auf die Föderalismusreform II Thema, nicht aber mit Blick auf die aktuellen Haushalte.

Das Wichtigste in Kürze:

- Die Neuverschuldung des Bundes wurde um eine Milliarde Euro auf jetzt 11,9 Mrd. Euro abgesenkt. Damit wurde das Ziel sogar übererfüllt, die Steuermehreinnahmen aus der November-Schätzung von rund 800 Mio. Euro in die Rückführung der Neuverschuldung zu stecken.
- Nicht nur die Barmittel für Investitionen wurden um 362 Mio. Euro auf 24,658 Mrd. Euro, vornehmlich im Bereich von Straße und Schiene, aufgestockt. Außerdem wurden zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von 300 Mio. Euro für Verkehrsinformationen eingestellt. Zudem sind die erwarteten Einnahmen aus dem Emissionszertifikate-Handel über 2008 hinaus planerisch umgesetzt und dabei Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 80 Mio. Euro für Investitionen im Bereich Klimaschutz aufgebracht worden.
- Diese Schwerpunktsetzungen sind für 2008 finanziert aus Einsparungen im konsumtiven Bereich, vor allem bei Zinsen und Zuschüssen. Dadurch konnte das Ausgabenvolumen des Entwurfs konstant gehalten werden. Die Ausgabensteigerung des Bundeshaushalts 2008 liegt bereinigt um Sonder- und Einmaleffekte (Postbeamtenversorgungskasse, Überschneidung von bisherigem Erziehungsgeld und neuem Elterngeld, Aufwuchs des Mehrwertsteuer-finanzierten Zuschusses an die BA) bei 1,1 Prozent im Vergleich zum Soll 2007 ein-

schließlich Nachtrag. Dieser Wert liegt deutlich unterhalb der erwarteten Inflationsrate.

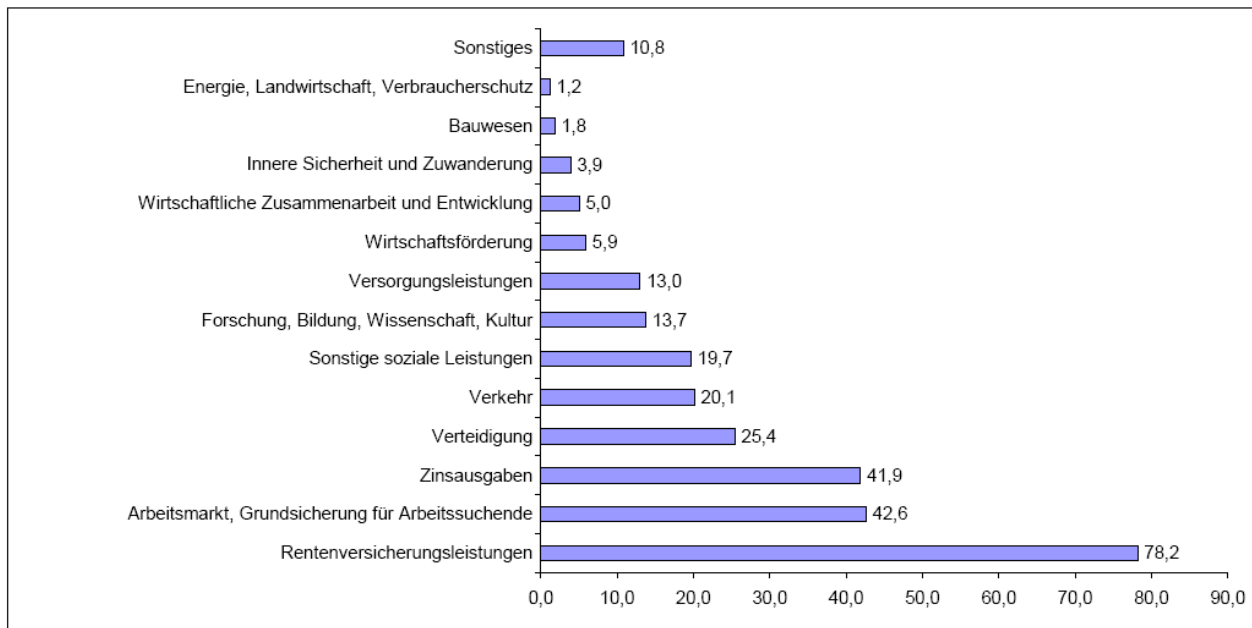
- Die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende ließen sich auf dem hohen Niveau von 6,5 Mrd. Euro gegen den Widerstand der Union stabilisieren. Diese Mittel stehen zudem nun ohne Einschränkung zur Verfügung, da der bisherige Deckungsvermerk von einer Milliarde Euro zu Gunsten ALG II aufgehoben ist. Damit ist gewährleistet, dass jeder und jede Arbeitsuchende diejenigen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung erhält, die sie oder er benötigt. Für eine aktive Arbeitsmarktpolitik wird zudem zum Beispiel mit dem Kommunal-Kombi ein neues Programm zur Aktivierung Langzeitarbeitsloser in besonderen

Problemregionen veranschlagt.

- Die notwendigen Mittel zur Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze um 10 und der Freibeträge um 8 Prozent wurden gegen den Widerstand der Union bereitgestellt. Außerdem wurde die vereinbarte Erhöhung des Dienstsoldes für Wehr- und Zivildienstleistende um 2 Euro pro Tag im Etat umgesetzt.
- Bei Personal und Öffentlichkeitsarbeit wurde wiederum gespart. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit werden in allen Ressorts um rund 9 Mio. abgesenkt, das entspricht 10 Prozent der Gesamtausgaben für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit.
- Die im Entwurf vorgesehene pauschale Personaleinsparquote von 0,75 Prozent ist auf 0,9 Prozent erhöht wor-

den; diese Differenz entspricht ungefähr 320 Stellen. Die Einsparquote von 1,2 Prozent im Haushalt 2007 wird damit zwar deutlich unterschritten, es erfolgt aber ein weiterer erheblicher Personalabbau von ca. 1.900 Beschäftigten des Bundes in 2008. In manchen Bereichen stößt der Personalabbau angesichts der zu erfüllenden Aufgaben an Grenzen. Deshalb wurde diesmal eine Doppelstrategie gefahren, um der verständlichen steigenden Kritik an Rasenmäher-Sparmaßnahmen zu begegnen. Die pauschale Stelleinsparung wurde mit einer Stärkung von ökonomischen und politischen Zukunftsbereichen verkoppelt und somit ein Teil der Einsparungen zur qualitativen Stärkung der Ressorts gezielt wieder zurückgegeben.

Struktur der Bundesausgaben 2008 nach Aufgabenbereichen



Gesamtausgaben: 283,2 Milliarden Euro (Ausgaben in Mrd. €)

Wohin fließt unser Steuergeld?

Für Sozialleistungen und Arbeitsmarktpolitik sind mit 140,5 Milliarden Euro etwa die Hälfte des Bundeshaushaltes vorgesehen, darunter alleine 78,2 Milliarden für den Zuschuss zur Rentenversicherung (siehe Tabelle). Rechnet man nun noch die Zinszahlungen in Höhe von 41,9 Milliarden Euro hinzu, sind von jedem eingenommenen Euro bereits über 65 Cent festgelegt (ohne Nettokreditaufnahme). Dies zeigt die engen Spielräume für den Haushalt und die Notwendigkeit stabiler Einnahmen, will man weder Investitionen noch die soziale Balance gefährden.

Gesetzentwurf bringt bessere Qualität und Ausweitung der Leistungen

Am 14. Dezember hat der Deutsche Bundestag in 1. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) beraten. Die endgültige Verabschiedung soll im 1. Halbjahr 2008 erfolgen.

Die Herausforderungen machen eine Weiterentwicklung notwendig

Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 hat sich die Pflegeversicherung als vierte Säule der Sozialversicherung bewährt. Mittlerweile erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Die gesetzliche Pflegeversicherung sichert erfolgreich das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit solidarisch ab. Sie hat in den letzten 12 Jahren viele pflegebedürftige Menschen vor der Abhängigkeit von Sozialhilfe bewahrt. Heute sind lediglich fünf Prozent der Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege und etwa 25 Prozent der stationär versorgten Menschen auf zusätzliche Sozialhilfeleistungen angewiesen. Dadurch wurden auch die Kommunen stark entlastet.

Die demographische Entwicklung in Deutschland macht es notwendig, die gesetzliche Pflegeversicherung zukunftsfähig zu machen. Denn bis 2030 werden ca. drei Millionen Menschen pflegebedürftig sein. Außerdem wird der Hilfebedarf immer komplexer. Neben körperlichen Einschränkungen treten immer mehr geistige und psychische Defekte bis hin zu schweren Demenzerkrankungen. Dazu kommen entscheidende Veränderungen in der Sozialstruktur, wie z. B. die wachsende Anzahl der Singlehaushalte.

Unsere Ziele bei der Pflegereform

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesministerin für Gesundheit ist es, die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern. Richtschnur ist der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär.

Leistungsbeträge werden angehoben und dynamisiert

Die ambulanten Sachleistungsbeträge sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben werden. Und das ohne Kürzungen im stationären Bereich. Dort sollen die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen ebenfalls erhöht werden.

Pflegestufe	Ambulante Sachleistung bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	384	420	440	450
Stufe II	921	980	1040	1100
Stufe III	1432	1470	1510	1550

Außerdem soll das Pflegegeld für pflegende Angehörige wie folgt angehoben werden:

Pflegestufe	Pflegegeld bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	205	215	225	235
Stufe II	410	420	430	440
Stufe III	665	675	685	700

Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht verändert und unterliegen einem schleichenden Werteverfall. Deshalb sollen sie künftig in einem dreijährigen Rhythmus überprüft werden. Erstmals soll dies im Jahr 2014 erfolgen. Der Orientierungswert für die Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung soll die kumulierte Preisentwicklung in den letzten abgeschlossenen drei Kalenderjahren sein. Ergibt die Überprüfung eine Notwendigkeit der Anpassung, so erlässt die Bundesregierung eine Rechtsverordnung. Dabei soll der Anstieg nicht höher sein als die Brutto-lohntwicklung.

Außerdem soll der Anspruch auf Tages- und Nachtpflege ausgebaut werden. Neben dem Anspruch auf Tages- und Nachtpflege soll auch ein 50-prozentiger Anspruch auf die jeweilige ambulante Pflegesachleistung oder das Pflegegeld für die weiterhin zu Hause notwendige Pflege bestehen. Ebenso soll umgekehrt neben dem vollen Anspruch auf Geld- und Sachleistung ein hälftiger Anspruch auf Tages- und Nachtpflege bestehen. Auch die Leistungen für die Tages- und Nachtpflege werden schrittweise angehoben.

Eigener Leistungsanspruch für Demenzkranke

Einen zusätzlichen Leistungsbetrag von 2.400 Euro pro Jahr sollen erstmals Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz wie Demenz, Alzheimer oder geistig Behinderte erhalten. Dieser Betrag kann zusätzlich zu den Pflegeleistungen gezahlt werden und auch von Menschen, die keine Pflege sondern Betreuung benötigen, in Anspruch genommen werden.

→

Gute Pflege vor Ort managen

Der SPD-Bundestagsfraktion liegt es am Herzen, die kommunale Infrastruktur auf eine älter werdende Gesellschaft auszurichten.

Deshalb sollen künftig wohnortnahe Pflegestützpunkte sicherstellen, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden. Die Pflegestützpunkte sollen auch Anlaufstelle für die Beratung von Angehörigen sein. Dies soll unter Berücksichtigung bereits vorhandener Strukturen geschehen.

Die Pflegekassen sollen außerdem verpflichtet werden, für ihre pflegebedürftigen Versicherten ein Fallmanagement anzubieten. Ein Fallmanager soll Ansprechpartner für bis zu 100 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sein.

Pflegezeit für Angehörige

Pflegende Angehörige sollen im Rahmen der sogenannten Pflegezeit in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freigestellt werden können. Sie sollen in dieser Zeit über die Pflegekassen sozialversichert werden.

Außerdem soll Beschäftigten in einer akut auftretenden Pflegesituation ein Anspruch auf eine kurzzeitige Freistellung für bis zu 10 Arbeitstage eingeräumt werden.

Bessere Qualität und Transparenz in der Pflege

Ein wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist die Verbesserung der Pflegequalität und die Erhöhung der Transparenz im Pflegebereich. Hierzu sind unter anderem die Entwicklung von Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege, der Ausbau der Qualitätsprüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen und die Veröffentlichung der Prüfergebnisse in verständlicher und leicht zugänglicher Form vorgesehen.

Weitere Verbesserungen

Menschen mit Pflegebedarf sollen in Zukunft ihre Ansprüche auf grundpflegerische Leistungen sowie hauswirtschaftliche Versorgung z. B. innerhalb einer Wohngemeinschaft oder mit anderen Pflegebedürftigen in der Nachbarschaft "poolen" können. Dabei wird Zeit gewonnen, die den Pflegebedürftigen zusätzlich zu Gute kommen soll.

Die Schnittstellen, beispielsweise zwischen Krankenhäusern und Einrichtungen der stationären Pflege, sollen verbessert werden sowie die Ausgestaltung von Prävention und Pflege.

Gute Pflege kostet gutes Geld

Es liegt auf der Hand, dass Verbesserungen in der Pflege nicht umsonst zu haben sind. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird deshalb zum ersten Mal seit 1995 um 0,25 Beitragssatzpunkte auf 1,95 Prozent ab 1. Januar 2008 erhöht. Die Mehreinnahmen im Jahr 2008 werden rund 1,3 Milliarden Euro betragen. Aus heutiger Sicht reicht die Beitragssatzerhöhung aus, um die Leistungen der Pflegeversicherung bis 2014 sicherzustellen. Einen Anstieg der Lohnnebenkosten wird es nicht geben, da die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

Union blockiert und fällt hinter Koalitionsvereinbarung zurück

Leider blockiert die CDU/CSU-Fraktion den SPD-Vorschlag, für die kurzzeitige Freistellung von bis zu 10 Tagen eine Lohnersatzleistung über die Pflegekassen vorzusehen. Diese Haltung ist nicht nachvollziehbar: Denn ähnliche Regelungen gibt es bereits. Eltern, deren Kinder erkrankt sind, können z. B. bis zu 20 Tage (Kinderpflege)-Krankengeld beziehen. Auch Kinder, deren Eltern pflegebedürftig werden, müssen sich ohne wirtschaftliche Nachteile um ihre Eltern kümmern können.

Während der Bundesrat die Einrichtung von Pflegestützpunkten begrüßt, stellt die Unions-Fraktion sie infrage. Die Länder teilen die SPD-Auffassung, dass die Bündelung der Beratung und Begleitung eine zentrale Voraussetzung ist, um den pflegebedürftigen Menschen die notwendigen Hilfen unseres gegliederten Hilfesystems aus einer Hand anzubieten und damit den Verbleib im Wohnumfeld zu ermöglichen. Pflegestützpunkte und -beratung stärken nach Meinung des Bundesrates die gesellschaftliche Teilhabe von Pflegebedürftigen. Diesen Anliegen wird der Alternativvorschlag der Unions-Fraktion, der pro Pflegefall die Ausgabe eines auf vier Stunden begrenzten Beratungsschecks vorsieht, nicht gerecht. Im Gegenteil, eine Abfertigung von pflegebedürftigen Menschen nach Stoppuhr erscheint uns entwürdigend.

Die Pflegereform wird ein Erfolg werden. Dennoch bleiben zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung: die bezahlte kurzzeitige Freistellung und die solidarische Finanzierung der Pflege.

Der Solidarausgleich darf nicht auf die gesetzliche Pflegeversicherung beschränkt bleiben. Deshalb hält die SPD-Fraktion an der im Koalitionsvertrag verabredeten Ausgleichszahlung der privaten Pflegeversicherung an die gesetzliche Pflegeversicherung fest. Darüber hinaus bleibt für uns als langfristiges Ziel eine von allen finanzierte Bürgerversicherung Pflege bestehen.

Personalien aus der SPD-Bundestagsfraktion

In der Fraktionssitzung am 26. November waren wegen Personalveränderungen einige wichtige Funktionen der SPD-Bundestagsfraktion neu zu besetzen:

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer



Thomas Oppermann ist von der SPD-Bundestagsfraktion zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt worden. In geheimer Abstimmung erhielt er 164 Ja-Stimmen (87,7 Prozent). Mit Nein stimmten 18 Fraktionsmitglieder, 5 enthielten sich. Oppermann übernimmt die Funktion von Olaf Scholz, der zum Bundesminister für Arbeit und Soziales ernannt wurde.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Christel Humme wurde von der SPD-Bundestagsfraktion zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Nicolette Kressl an, die als Parlamentarische Staatssekretärin ins Bundesfinanzministerium wechselt, und ist zuständig für die Bereiche Familie, Frauen, Jugend, Senioren, Bildung und Forschung. Christel Humme war seit 2001 Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Frauen, Senioren und Jugend.

Sprecherin Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Andrea Nahles ist von der SPD-Bundestagsfraktion zur Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Klaus Brandner an, der als Parlamentarischer Staatssekretär ins Bundesministerium für Arbeit und Soziales wechselt.

EUROPA

Staats- und Regierungschefs unterzeichnen EU-Reformvertrag

Mit der Unterzeichnung des EU-Reformvertrages am 13. Dezember 2007 in Lissabon hat Deutschland gemeinsam mit allen anderen Mitgliedstaaten der EU einen wichtigen Schritt hin zu mehr Handlungsfähigkeit, mehr Demokratie und mehr Transparenz in Europa vollzogen.

Rund 95 Prozent der ursprünglich im Verfassungsvertrag enthaltenen Forderungen finden sich im nun vereinbarten Vertragstext wieder. Dies ist ein Ergebnis des Geschicks der portugiesischen Ratspräsidentschaft, aber auch ein Erfolg des unter deutschem Vorsitz festgelegten Mandats. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Initiative ergreifen, dass Deutschland zu den ersten Staaten gehören wird, die den Reformvertrag ratifizieren werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt vor allem, dass

- die Grundrechtecharta rechtsverbindlich wird (bedauerlicherweise gilt dies nicht für Großbritannien und Polen);
- die EU-Kommission durch ein Bürgerbegehren mit einer Million Unterschriften aufgefordert werden kann, Gesetzesinitiativen zu ergreifen;
- das Europäische Parlament bei der Gesetzgebung, den Haushaltsbefugnissen und der Wahl des Kommissionspräsidenten deutlich gestärkt wird;
- die nationalen Parlamente in Zukunft mehr Einflussmöglichkeiten bei Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene erlangen werden;

- es mit der Einführung der doppelten Mehrheit (55 Prozent der Staaten und 65 Prozent der Bevölkerung) ab dem Jahr 2014 - Übergangsfrist bis 2017 - einen neuen Abstimmungsmodus geben wird;

- künftig der Zwang zur Einstimmigkeit in vielen Bereichen entfällt und Mehrheitsentscheidungen auch auf die Bereiche der Innen- und Justizpolitik ausgeweitet werden;

- sich die Größe der EU-Kommission verringert und die Zahl der Europaabgeordneten auf 750 begrenzt wird;

- mit dem gewählten Ratspräsidenten (zweieinhalb bis fünf Jahre) ein "Außenminister" ins Amt kommt, der gleichzeitig der "Hohe Vertreter des Rates" und Vizepräsident der Kommission ist;

- die klarere Kompetenzordnung auch deutlichere Kriterien für die Abgrenzung der europäischen Zuständigkeiten mit sich bringt.

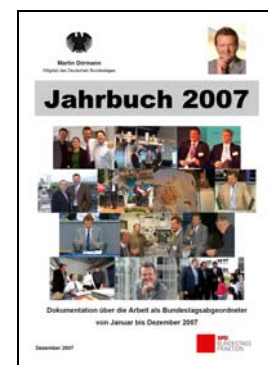
Es sind aber auch einige schmerzhaft Abstriche festzuhalten, etwa bei der Transparenz. Die SPD-Bundestagsfraktion wird trotz dieser Abstriche dem Reformvertrag in dem Anfang 2008 folgenden Ratifikationsverfahren zustimmen.

HOME PAGE

Neu eingestellt: Jahrbuch 2007

Auf der Homepage www.martin-doermann.de neu eingestellt wurde das **Jahrbuch 2007** (Dokumentation der Arbeit von Martin Dörmann als Bundestagsabgeordneter im abgelaufenen Jahr 2007).

In Kürze sollen folgen: die aktualisierte **Infobroschüre 2008** (allgemeine Informationen zu Martin Dörmann und seinen Büros) sowie das **Register 2007** (Auflistung sämtlicher in den Berlin Depeschen 2007 erschienenen Artikeln).



Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Seit 2003 sind in unserer Portraitreihe folgende Personen erschienen: **Kurt Beck, Klaus-Uwe Benneter, Edelgard Bulmahn, Wolfgang Clement, Elke Ferner, Sigmar Gabriel, Susanne Kastner, Hannelore Kraft, Nicolette Kressl, Michael Müller, Franz Müntefering, Joachim Poß, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Martin**

Schulz, Angelica Schwall-Düren, Gesine Schwan, Peer Steinbrück, Rolf Stöckel, Manfred Stolpe, Frank-Walter Steinmeier, Peter Struck, Wolfgang Thierse, Günter Verheugen, Hans-Jochen Vogel, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Hans-Jürgen Wischniewski.

Vorgestellt: Walter Kolbow, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Biografie

Geboren am 27. April 1944 in Spittal/Drau (Österreich); evangelisch; verheiratet, zwei Kinder.



Beruflicher Werdegang

1964 Abitur am Röntgengymnasium Würzburg. 1964 bis 1966 Wehrdienst bei der Luftwaffe, Hauptmann d. R.

Anschließend Jurastudium an der Universität Würzburg und an der Verwaltungshochschule Speyer, 1970 erstes, 1974 zweites juristisches Staatsexamen.

Ab 1975 Magistratsrat bei der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Persönlicher Referent des Stadtkämmerers bis 1978. November 1978 bis Dezember 1980 Forschungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Politischer Werdegang

1967 Eintritt in die SPD; Vorsitzender des Bezirks Unterfranken, stellv. Vorsitzender der BayernSPD.

1972 bis 1976 Stadtrat in Ochsenfurt

1978 bis 1981 Stadtrat in Würzburg

seit 1980 Mitglied des Bundestages

Oktober 1998 bis November 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

seit November 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

10 persönliche Fragen an Walter Kolbow

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Helmut Schmidt

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Nachdem ich in den vergangenen Jahren viele bedeutende Persönlichkeiten treffen durfte, bin ich immer wieder beeindruckt von „einfachen“ Menschen und ihren Fähigkeiten, das Leben zu meistern. Diese Begegnungen bedeuten mir mehr, als mit Berühmtheiten.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Südtirol

4. Ihre Leidenschaften?

Politik

5. Ihr politisches Leitmotiv?

„Realpolitik, die beiträgt, Visionen zu verwirklichen.“

6. Ihre Lieblingsfilme?

„Casablanca“, „Die letzte Brücke“

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Die Sinfonien von Brahms, Lieder von Reinhard Mey, Zuccherò, Udo Lindenberg

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Wen? – Meine Familie

Was? – Bücher

9. Ihre Lieblingsbücher?

„Drachenläufer“ von Khaled Hosseini (u.A.), „Willy Brandt – Visionär und Realist, 1913-1992“, von Peter Merseburger

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Edmund Stoiber, Charly Chaplin

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008

Sitzungswochen sind die 3., 4., 7., 8., 10., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 26., 38., 39., 42., 46., 48., 49. und 51. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort stellv. Sprecher und Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine **Homepage www.martin-doermann.de**

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller

Bildnachweis: CD Werbeagentur GmbH (Seite 1), SPD-Parteivorstand (Seite 15), Deutscher Bundestag (Seiten 15/16)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de.

